

Brandalarm und Evakuierung

Übung Kurz nach elf Uhr unterbricht ein durchdringender Ton das Votum von Peter Schenk (EDU, Zihlschlacht). «Brandalarm», sagt Grossratspräsident Peter Bühler. Die im Saal Anwesenden sind aufgefordert, das Gebäude ruhig aber zügig zu verlassen und sich vor der evangelischen Kirche zu besammeln. In vier Minuten haben alle das Frauenfelder Rathaus verlassen. Polizei und Feuerwehr stehen nach wenigen Minuten zum Einsatz bereit. Schnell ist aber klar: Es ist eine Übung. Der Ernstfall will eben auch geprobt sein. Nach rund 15 Minuten gibt der Einsatzleiter Entwarnung und lässt die Kantonsräte zurück in den Ratssaal. (sba)

Gsaat isch gsaat

«Das Eintreten war unbestritten – zumal es obligatorisch ist.»

Michèle Strähl (FDP, Weinfelden) trifft den Nagel auf den Kopf.

«Bevor Sie innerlich Amen sagen, komme ich zum Schluss.»

Der einst als Pfarrer tätige Anders Stokholm (FDP Frauenfeld) weiss, wann genug gepredigt ist.

«Wir setzen die Sitzung jetzt fort und schauen, ob noch alle da sind.»

Grossratspräsident Peter Bühler (Mitte, Ettenhausen) ist besorgt, dass anlässlich einer Evakuierungsübung des Grossen Rats jemand verloren gegangen sein könnte. (sba/ck)

Wolf im Schafspelz oder Chance?

Am Mittwoch hat der Grosse Rat über eine Motion beraten, die das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer fordert.

Sabrina Bächli

Es ist ein Achtungserfolg, den sich die Motionäre mit der Abstimmung abholen. Mit 45 Ja bei nur 61 Nein-Stimmen ist das Resultat zwar klar. Doch die Idee der Motion scheint für viele Legislativmitglieder nicht abwegig zu sein. Im Vorstoss geht es darum, dass die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, selbst entscheiden zu können, ob sie den ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern das Stimm- und Wahlrecht geben oder eben nicht. Im Titel der Motion wird deshalb nicht das Ausländerstimmrecht genannt, sondern die Stärkung der Gemeindeautonomie. Das stösst vor allem den Kritikern sauer auf. «Es wird Sie nicht überraschen, dass die SVP einstimmig dagegen ist», sagt Stephan Tobler (Egnach). Auch die Fraktion EDU/Aufrecht ist geschlossen gegen die Erheblicherklärung der Motion. «Es ist ganz klar ein Freipass für das Ausländerrecht auf kantonaler und nationaler Ebene», meint Marcel Wittwer (EDU, Schocherswil). Die Gemeindeautonomie zu stärken, klinge zwar verführerisch, aber es sei nicht alles Gold, was glänzt.

Befürworter wollen mutige Entscheidung

Die Befürworter können die Kritik naturgemäss wenig nachvollziehen. Sie fordern eine mutige Entscheidung und geben zu bedenken, dass damit engagierte



Sollen Gemeinden Ausländerinnen und Ausländern das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene erteilen können? Das wollte eine Motion im Grossen Rat. Bild: Andrea Tina Stalder

Personen für Aufgaben in der Gemeinde gefunden werden könnten. «Zu sagen, die bisherige Regelung habe sich bewährt, ist meines Erachtens eine inhaltslose Wortgirlande», sagt Motionär Reto Ammann (GLP, Kreuzlingen).

«Chabis» sei zudem die Aussage des Regierungsrates, dass das Stimm- und Wahlrecht im ganzen Kanton einheitlich geregelt werden müsse. «Es kann,

muss aber nicht.» Und weiter: «Es geht darum, den Volkswillen zu stärken. Wenn eine Gemeinde das Stimmrecht auf kommunaler Ebene nicht will, dann ist das auch gut.»

SP-Kantonsrat Felix Meier (Romanshorn) stösst ins gleiche Horn. «Es schadet niemandem und nützt vielen.» Der Arboner Grünen-Kantonsrat Didi Feuerle findet es schade, dass der Regierungsrat nichts vom Auslän-

derstimmrecht wissen will. «Es ist eine verpasste Chance.»

Kreuzlinger Stadtpräsident hofft auf ein Ja

Thomas Leu (Mannenbach-Salenstein) findet als Sprecher für die FDP-Fraktion deutliche Worte. Einen massiven Mehraufwand würde das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene verursachen. «Und wofür?», fragt er in den Saal. Die Stimm-

beteiligung bei Gemeinden mit Ausländerstimmrecht sei marginal und bewege sich im tiefen zweistelligen Bereich.

Dennoch, geschlossen ist seine Fraktion nicht. Sein Parteikollege und Kreuzlingens Stadtpräsident Thomas Niederberger spricht den Ratskolleginnen und -kollegen ins Gewissen. Er ist notabene Präsident jener Gemeinde mit dem höchsten Ausländeranteil im Kanton. Das kommunale Ausländerstimmrecht würde die Zusammengehörigkeit stärken und engagierten Personen die Mitwirkung ermöglichen. Jürg Wiesli (Dozwil) von der SVP findet, dass dieser Vorstoss ein Wolf im Schafspelz sei. «Wenn die Ausländer in der Mehrheit sind, dann schaffen sie die Weihnachtsfeste ab.» So sei es in England passiert, wo es ein Ausländerstimmrecht gebe. Davon will Motionär Reto Ammann aber nichts wissen: «Wir wollen nicht die Weihnachtsfeier abschaffen und es ist kein Wolf im Schafspelz, sondern ein Schaf im Schafspelz.»

Regierungsrat Walter Schönhöfer kann Ammann mit seinem Votum nicht überzeugen. Zumal der Thurgau seinen Gemeinden sehr viel Autonomie zugesteht und diese auch heute schon die Möglichkeit hätten, Ausländerinnen und Ausländer einzuladen, ihre Meinung zu Projekten als beratende Stimme abzugeben. Er fordert die Anwesenden auf, die Motion für nicht erheblich zu erklären, was sie am Ende auch tun.

Sorgen wegen der 10-Millionen-Schweiz

Die Bevölkerung in der Schweiz wächst rasant. Im Thurgau seit Jahren überdurchschnittlich. Das löst in der Bevölkerung Ängste aus. Und gibt auch dem Grossen Rat zu denken.

Christian Kamm

Dass man auf Kantonsebene wenig bis gar nichts gegen die Entwicklung machen könne, darüber herrschte in der Diskussion im Grossen Rat über die Interpellation «10-Millionen-Schweiz – wie bewältigen wir das?» Einigkeit. «Im Thurgau können wir nur Prognosen machen und dann reagieren», sagte Regierungsrat Dominik Diezi. Ob man eine 10-Millionen-Schweiz überhaupt wolle, «diese Frage wird auf nationaler Ebene gestellt».

Belastung für die Infrastruktur

In ihrer Beantwortung hat die Kantonsregierung dargestellt, wie sie sich der Herausforderung durch das markante Bevölkerungswachstum stellen will. Selbst in einem mittleren Szenario werden im Thurgau im Jahr 2035 326 000 Menschen leben. (derzeit knapp 292 000). Mehr noch gab in der Debatte die demografische Entwicklung zu reden. Der Anteil der Personen im Rentenalter wird von heute 18 Prozent bis 2035 auf 25 Prozent steigen. Noch eklatanter die

Zahl der Hochbetagten (80+), die sich fast verdoppelt (von 13 400 auf 24 500).

Einer der Interpellanten, Simon Wolfer (Mitte, Weinfelden), verwies wie zahlreiche Redner nach ihm auf die mit dem Bevölkerungswachstum verbundene Belastung der Infrastruktur. Sehr unter Druck geraten würden etwa die Schulen. «Die Kapazitäten müssen in den nächsten Jahren ausgebaut werden.» Wichtig sei vor allem, klinge zwar verführerisch, aber es sei nicht alles Gold, was glänzt. «Der Kanton bleibt in der Pflicht.» Der Frauenfelder Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP) legte den Fokus auch auf das Wohnen. Laut Regierung soll hauptsächlich in den bereits gut entwickelten Gebieten verdichtet werden. Ohne Einschränkung der Lebensqualität, ohne Steuererhöhungen, ohne Erhöhung des Lastenausgleichs und ohne mehr Lärm sei das «saumässig schwierig», mahnte Stokholm.

Gegen Zustände wie in Berlin

Isabelle Vonlanthen (Grüne, Bichelsee) sprach für viele, wenn

sie dafür plädierte, sich möglichst früh Gedanken über die Herausforderung und die Sorgen der Bürger zu machen. 17 Prozent mehr Primarschüler in nur elf Jahren – «darauf müssen wir uns vorbereiten». Die zur Verfügung stehende Fläche müsse möglichst effizient genutzt und die Einzonung von Kulturland auf ein absolutes Minimum beschränkt werden.

Klar sei unsere Wirtschaft auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, so Peter Schenk (EDU, Zihlschlacht). Doch die Migration müsse enkeltauglich sein. Oft stelle man aber eine problematische Integrationsbereitschaft fest. Zustände wie im Berliner Bezirk Neukölln mit einer Ausländerquote von 45 Prozent wolle man im Thurgau nicht.

«Ich bin glücklich, in Kreuzlingen zu wohnen»

Er sei glücklich, in einer Stadt mit einem Ausländeranteil von 57 Prozent zu leben, konterte der Kreuzlinger Reto Ammann (GLP). «Und das Zusammenleben läuft sehr gut.» Die 10-Millionen-Schweiz sei mehr «eine organisierende Tatsache»

denn ein Problem. Ein Problem werde sie dann, wenn man es versäume, die Infrastruktur rechtzeitig anzupassen. «Die Schweizer Erfolgsgeschichte ist auch eine Geschichte der Zuwanderung.» Markus Birk (SP, Diessenhofen) mahnte, genügend Pflegeheimplätze zur Verfügung zu stellen. Dazu passe überhaupt nicht, dass die Regierung jüngst die Gelder für die Umsetzung der Pflegeinitiative halbiert habe.

«Wir können nicht alle aufnehmen»

Auch Melanie Zellweger (Romanshorn) sah namens der SVP im Bevölkerungswachstum die grösste Herausforderung. Der arbeitnehmende Anteil wachse nur minim, hingegen die zu finanzierenden Gruppen deutlich. Zudem machte sie die masslose und nicht geregelte Zuwanderung als Problem aus. «Wir können nicht alle aufnehmen.»

Regierungsrat Diezi spielte punkto Finanzierung den Ball zurück ans Parlament. «Es braucht die notwendigen Mittel. Dafür sind Sie als Grosser Rat sehr zentral.»

Liegenschaftsteuer: Nun entscheidet das Volk

Christian Kamm

Abschaffung SP und Grüne hatten schon in der Eintretensdebatte im Grossen Rat angekündigt, die sich damals bereits abzeichnende Einstampfung der Liegenschaftsteuer nicht einfach hinzunehmen. Bei prognostizierten Einnahmefällen von 35 Millionen Franken jährlich (Kanton und Gemeinden) müsse das Volk entscheiden.

Das letzte parlamentarische Schwert gegen umstrittene Gesetze und Gesetzesänderungen heisst Behördenreferendum. Für das Zustandekommen dieses Referendums sind im Kantonsparlament mindestens 30 Stimmen notwendig. SP und Grüne haben zusammen nur eine Stimme mehr. Allein können sie ein Behördenreferendum nur mit absoluter Geschlossenheit beziehungsweise Vollzähligkeit stemmen.

Unterstützung aus anderen Fraktionen

Doch die politische Zitterpartie blieb aus. Vielmehr gab es unerwartet viel Zulauf aus anderen Fraktionen. Neben den geschlossenen SP und Grünen (eine Abwesende) stimmten auch acht Mitglieder der Mitte/EVP-Fraktion, fünf aus der SVP,

ein FDPler und eine Grünliberale für das Referendum. Resultat: 45 Stimmen. Damit ist die kantonale Abstimmung Tatsache.

In der vorangegangenen Schlussabstimmung über die Vorlage setzte sich das befürwortende Lager erwartungsgemäss durch: 72 Parlamentsmitglieder stimmten mit Ja, 45 mit Nein. Allerdings sind die 45 Gegenstimmen in der Schlussabstimmung nicht vollkommen identisch mit den 45 für das Behördenreferendum. Das gilt nur für SP, Grüne, FDP und GLP. In der Mitte-Fraktion gab es Verschiebungen: Sieben Fraktionsmitglieder stimmten gegen die Vorlage, eines mehr, also acht, für das Referendum. Auch in der SVP votierten mehr Mitglieder für das Behördenreferendum als gegen die Abschaffung (fünf zu drei).

Zwei getrennte Abstimmungen

Das ist durchaus opportun. Beide Abstimmungen werden separat durchgeführt. Ein Parlamentarier kann persönlich für die Einstampfung der Liegenschaftsteuer sein, gleichzeitig aber auch die Meinung vertreten, dass die Frage dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden sollte.